

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. September 2000 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen

A. Problem und Ziel

Aus der Erkenntnis, dass eine umfassende Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten ein wesentliches Kettenglied zur Vorsorge und bei der Bewältigung von Katastrophen und Unglücksfällen bildet, hat die Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 80er Jahre mit der Vereinbarung von Hilfeleistungsabkommen mit ihren europäischen Nachbarn begonnen. Der mit der Tschechischen Republik geschlossene Vertrag über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen stellt den wichtigen Abschluss dieser Entwicklung dar.

Der Vertrag soll – unter Würdigung des Gedankens nachbarlicher Solidarität – den rechtlichen Rahmen für eine rasche und wirkungsvolle Hilfe im Katastrophen- und Unglücksfall bilden. Er soll zudem Impulse für einen verstärkten Informations- und Erfahrungsaustausch auf den verschiedenen Ebenen der nachbarlichen Zusammenarbeit im Rahmen von Hilfeleistungen geben.

B. Lösung

Der am 19. September 2000 unterzeichnete Vertrag trägt dem Rechnung. Er legt die Ansprech- und Kontaktstellen fest, regelt Erleichterungen für den grenzüberschreitenden Verkehr von Einsatzkräften und Gütern sowie die Fragen der Einsatzkosten, wobei der Grundsatz des gegenseitigen Kostenverzichts gilt. Der Vertrag sieht einen Haftungsausschluss bei Personen- und Sachschäden sowie einen umfassenden Informations- und Erfahrungsaustausch der beiden Vertragsparteien vor und enthält Regelungen zur Schaffung von Telekommunikationsverbindungen und zum Datenschutz.

Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz soll der Vertrag die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Die Vertragspartner haben sich – wegen der humanitären Zielsetzung des Vertrags – auf das Angebot grundsätzlich kostenloser Hilfe geeinigt. Sie können im Einzelfall hiervon abweichen und eine Kostenerstattung vereinbaren. Diese Regelung lässt erwarten, dass sich die Aufwendungen beider Vertragsparteien für wechselseitig gewährte Hilfe über einen längeren Zeitraum gesehen ausgleichen.

E. Sonstige Kosten

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 8. Oktober 2001

022 (132) – 216 00 – Zi 39/01

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 19. September 2000 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die
gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 767. Sitzung am 27. September 2001 gemäß Artikel 76
Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.



Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 19. September 2000
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Berlin am 19. September 2000 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in der Tschechischen Republik entstehen, trägt

1. der Bund, soweit das Bundesministerium des Innern Hilfe zugesagt hat,
2. das jeweilige Land, soweit das Innenministerium des Landes Hilfe zugesagt hat; landesrechtliche Bestimmungen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt.

(2) Absatz 1 gilt für Artikel 3 Abs. 3 des Vertrags entsprechend.

(3) Bei Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 9 Abs. 2 bis 4 des Vertrags entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder eines Landes fällt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Vertrag auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Dem humanitären Geist des Vertrags entsprechend gehen beide Vertragsstaaten hinsichtlich der Kostenerstattung von einem weitgehenden, wechselseitigen Kostenverzicht aus.

Der Bund trägt die Kosten einer von ihm zugesagten Hilfeleistung in den Fällen, in denen er nach dem Vertrag unmittelbar um Hilfe ersucht wird oder in denen die an die Tschechische Republik angrenzenden Länder das an sie gerichtete Hilfeersuchen an den Bund weiterleiten, weil das Ausmaß der Katastrophe Hilfeleistungen in einem Umfang erfordert, der den üblichen Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Grenzbereich überschreitet.

Die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland für Hilfsmaßnahmen in der Tschechischen Republik entstehenden Kosten sind grundsätzlich von dem Land zu tragen, welches nach Artikel 3 des Vertrags das Hilfeersuchen entgegengenommen und Hilfe zugesagt hat. Die Kostenverteilung entspricht der Regelung des Artikels 104a Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes.

Dieser Regelung liegt der Gedanke zugrunde, dass die an die Tschechische Republik angrenzenden Länder und Kommunen schon seit Jahren über die Grenze hinweg Hilfe geleistet und Hilfe empfangen und die dazu erforderlichen Entscheidungen ohne Einschaltung des Bundes getroffen haben.

Diese herkömmliche Übung entspricht der Notwendigkeit, dass auch im grenznahen Bereich Nachbarschaftshilfe schnell und ohne lange Entscheidungswege geleistet werden muss, damit sie wirksam greifen kann.

Da die Hilfeleistungen im grenznahen Bereich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geleistet werden, sind auch in der Vergangenheit in aller Regel die entstandenen Kosten weder von deutscher noch von tschechischer Seite dem jeweils Hilfeersuchenden in Rechnung gestellt worden. Die Entscheidung über die Hilfeleistung und über den Kostenverzicht lag also auch bisher schon in einer Hand. Die für den Fall einer Hilfeleistung nach Artikel 3 Abs. 2 des Vertrags getroffene Kostenregelung bedeutet nicht notwendigerweise eine Abkehr von der bisherigen Praxis, dass die hilfeleistenden deutschen Grenzgemeinden und -kreise ihre Aufwendungen selbst tragen. Der staatsrechtliche Begriff „Land“ schließt vielmehr auch die Kommunen ein.

Artikel 2 Abs. 3 bedeutet, dass in den Fällen, in denen bei Hilfeleistungen der tschechischen Seite in der Bundesrepublik Deutschland Aufwendungen nach diesem Vertrag entstehen, diese gemäß Artikel 104a Abs. 1 des Grundgesetzes in der Regel von dem hilfeersuchenden Land zu tragen sind.

In landesinterne Kostenregelungen wird durch den Vertrag nicht eingegriffen.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 17 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, besonders auf das Verbraucherpreisniveau, ergeben sich nicht.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Tschechischen Republik
über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen
und schweren Unglücksfällen

Smlouva
mezi Spolkovou republikou Německo
a Českou republikou
o vzájemné pomoci při katastrofách
a velkých haváriích

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Tschechische Republik –

Spolková republika Německo
a
Česká republika –

in der Absicht, einen Beitrag zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen in Europa zu leisten,

s úmyslem přispět k rozvoji dobrých sousedských vztahů v Evropě,

eingedenk des Abschließenden Dokuments des Dritten Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Wien vom 15. Januar 1989 und des Helsinkidokuments vom 10. Juli 1992,

majíce na paměti závěrečný dokument třetí následné schůzky Konference o bezpečnosti a spolupráci v Evropě přijatý ve Vídni dne 15. ledna 1989 a dokument přijatý v Helsinkách dne 10. července 1992,

in Übereinstimmung mit dem Artikel 17 des Vertrags vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

v souladu s článkem 17 Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o dobrém sousedství a přátelské spolupráci z 27. února 1992,

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen zu erleichtern –

přesvědčeny o nutnosti spolupráce s cílem usnadnit vzájemnou pomoc při katastrofách a velkých haváriích –

sind wie folgt übereingekommen:

se dohodly takto:

Artikel 1
Gegenstand des Vertrags

Dieser Vertrag regelt die Bedingungen der freiwilligen Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen auf dem Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates. Die Hilfe wird auf Grund eines Hilfeersuchens gewährt.

Článek 1
Předmět smlouvy

Tato smlouva upravuje podmínky dobrovolného poskytování pomoci při katastrofách a velkých haváriích na území druhého smluvního státu. Pomoc se poskytuje na základě žádosti o poskytnutí pomoci.

Artikel 2
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Vertrags bedeuten die Begriffe

- a) „hilfeersuchender Staat“: der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Hilfeleistung ersuchen;
- b) „hilfeleistender Staat“: der Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen um Hilfeleistung stattgeben;
- c) „Hilfsmannschaft“: eine Gruppe von Personen unter einem bestimmten Leiter, die mit ihren Ausrüstungsgegenständen zur Hilfeleistung in den hilfeersuchenden Staat entsandt wird;
- d) „Ausrüstungsgegenstände“: das Material, die technischen Mittel, die Transportmittel, Rettungshunde, die persönliche Ausstattung und die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter);
- e) „Hilfsgüter“: Gegenstände, die zur Linderung der Folgen von Katastrophen und schweren Unglücksfällen oder zur kostenlosen Verteilung unter der Bevölkerung bestimmt sind;
- f) „Transitstaat“: der Vertragsstaat, dessen Hoheitsgebiet von Hilfsmannschaften oder einzelnen Fachkräften durchquert

Článek 2
Vymezení pojmů

Ve smyslu této smlouvy znamenají pojmy:

- a) „stát žádající o pomoc“ ten smluvní stát, jehož příslušné orgány žádají o poskytnutí pomoci,
- b) „stát poskytující pomoc“ ten smluvní stát, jehož příslušné orgány vyhoví žádosti o poskytnutí pomoci,
- c) „záchranná jednotka“ skupinu osob s určeným vedoucím vyslanou se svým vybavením za účelem poskytnutí pomoci do státu žádajícího o pomoc,
- d) „vybavení“ materiál, technické prostředky, dopravní prostředky, záchranné psy, osobní výstroj a předměty osobní potřeby (provozní zásoby),
- e) „předměty pomoci“ předměty, které jsou určeny ke zmírnění následků katastrof a velkých havárií nebo které jsou určeny k bezplatnému rozdělení mezi obyvatelstvo,
- f) „tranzitní stát“ ten smluvní stát, přes jehož území přecházejí záchranné jednotky nebo jednotliví odborníci nebo přes

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 sind auch in den Fällen anzuwenden, in denen ein Vertragsstaat Transitstaat ist. Die zuständigen Behörden unterrichten einander rechtzeitig darüber, dass das Erfordernis eines Transits besteht, und stimmen die Art und Weise der Durchführung ab.

(5) Die Angehörigen von Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte benötigen für ihre Tätigkeit bei einer Hilfeleistung auf dem Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates keine Arbeits-erlaubnis.

(6) Die Angehörigen von Hilfsmannschaften sind berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates Uniform zu tragen, sofern diese zu ihrer regulären Ausstattung gehört. Die Hilfsmannschaften sind berechtigt, auf dem Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates an ihren Fahrzeugen eigene Warnzeichen zu verwenden.

Artikel 6

Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und der Hilfsgüter

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft und einzelne Fachkräfte haben den Zollbehörden des hilfeersuchenden Staates beim Grenzübertritt ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Wenn in besonders dringenden Fällen ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter nicht übergeben werden kann, wird dieses Verzeichnis den zuständigen Zollbehörden unverzüglich nachträglich übergeben.

(2) Die Hilfsmannschaften und einzelne Fachkräfte dürfen außer Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern kein anderes Gut ein- und ausführen. Die Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden von allen Zollabgaben, Steuern und Gebühren befreit und dürfen nur für die Hilfeleistung verwendet werden.

(3) Für Ausrüstung und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für die Gütereinfuhr keine Anwendung. Ausrüstung und Hilfsgüter, die nicht verbraucht oder zerstört wurden, sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter der für die Hilfeleistung zuständigen Behörde des hilfeersuchenden Staates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt.

(4) Die Bestimmungen des Absatzes 3 finden auch auf die Einfuhr von Suchtstoffen/psychotropen Stoffen in das Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates sowie die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen Anwendung. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen über Suchtstoffe/psychotrope Stoffe. Suchtstoffe/psychotrope Stoffe dürfen nur im Rahmen des dringenden medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den rechtlichen Bestimmungen desjenigen Staates, dem die Hilfsmannschaft angehört, eingesetzt werden. Das Recht des hilfeersuchenden Staates, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen, bleibt unberührt. Nicht verbrauchte Suchtstoffe/psychotrope Stoffe, die nicht wieder ausgeführt werden können, unterliegen den im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates geltenden Rechtsvorschriften.

(5) Für Fahrzeuge, die zur Hilfeleistung Verwendung finden, sind die Genehmigungen für den internationalen Straßenverkehr und die Internationale Versicherungskarte für Kraftverkehr nicht erforderlich; sie sind von der Pflicht der Entrichtung der Autobahnbenutzungsgebühr befreit.

(6) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 5 sind auch in den Fällen anzuwenden, in denen ein Vertragsstaat Transitstaat ist.

Artikel 7

Einsatz von Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Beförderung der Hilfsmannschaften, der einzelnen Fachkräfte, Aus-

(4) Ustanovení odstavců 1 až 3 se použijí i v případech, kdy je jeden ze smluvních států tranzitním státem. Příslušné orgány se včas vzájemně informují o tom, že vznikla potřeba tranzitu a dohodnou druh a způsob jeho provedení.

(5) Členové záchranných jednotek a jednotliví odborníci nepotřebují pro svou činnost při poskytování pomoci na území státu žádajícího o pomoc povolení k zaměstnání.

(6) Členové záchranných jednotek jsou na území státu žádajícího o pomoc oprávněni nosit uniformu, pokud náleží k jejich běžné výstroji. Záchranné jednotky jsou oprávněny používat na území státu žádajícího o pomoc na svých vozidlech vlastní výstražná znamení.

Článek 6

Dovoz a vývoz vybavení a předmětů pomoci

(1) Smluvní státy usnadní dovoz a vývoz vybavení a předmětů pomoci. Vedoucí záchranné jednotky a jednotliví odborníci jsou povinni při překračování státních hranic předat celním orgánům státu žádajícího o pomoc seznam převáženého vybavení a předmětů pomoci. Jestliže ve zvlášť naléhavých případech nelze seznam převáženého vybavení a předmětů pomoci předat, bude tento seznam předán příslušným celním orgánům bez prodloužení dodatečně.

(2) Záchranné jednotky a jednotliví odborníci nesmí kromě vybavení a předmětů pomoci dovážet a vyvážet žádné jiné zboží. Vybavení a předměty pomoci jsou osvobozeny od veškerých cel, daní a poplatků a mohou být použity pouze pro poskytnutí pomoci.

(3) Na vybavení a předměty pomoci se nevztahují zákazy a omezení platná pro dovoz zboží. Vybavení a předměty pomoci, které nebyly spotřebovány nebo zničeny, je třeba vyvézt zpět. Nebude-li možné zpětný vývoz v důsledku zvláštních okolností uskutečnit, je zapotřebí oznámit druh, množství a místo zanechání tohoto vybavení a předmětů pomoci příslušnému orgánu státu žádajícího o pomoc, který o tom bude informovat příslušný celní orgán.

(4) Ustanovení odstavce 3 se použije i v případě dovozu omamných a psychotropních látek na území státu žádajícího o pomoc a zpětného vývozu nespotebovaného množství. Tento pohyb zboží se nepovažuje za dovoz a vývoz ve smyslu mezinárodních úmluv týkajících se omamných a psychotropních látek. Omamné a psychotropní látky je přípustné dovážet pouze v množství odpovídajícím naléhavým zdravotnickým potřebám a aplikovat je může pouze kvalifikovaný zdravotnický personál v souladu s právními předpisy toho státu, k němuž záchranná jednotka náleží. Právo státu žádajícího o pomoc provádět kontrolu v místě není dotčeno. Nakládání s nespotebovanými omamnými a psychotropními látkami, které nemohou být vyvezeny zpět, podléhá právním předpisům platným na území státu žádajícího o pomoc.

(5) U vozidel používaných při poskytování pomoci se nevyžaduje povolení pro mezinárodní silniční přepravu a mezinárodní automobilová pojišťovací karta a jsou osvobozena od povinnosti úhrady dálničního poplatku.

(6) Ustanovení odstavců 1 až 5 se použijí i v případech, kdy je jeden ze smluvních států tranzitním státem.

Článek 7

Používání letadel

(1) Letadel lze použít nejen pro rychlou přepravu záchranných jednotek, jednotlivých odborníků, vybavení a

rüstungsgegenstände sowie Hilfsgüter, sondern auch unmittelbar zur Hilfeleistung benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, dass Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aus für die in Absatz 1 genannten Zwecke starten, ihr Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von zugelassenen Flughäfen und für das Starten und für das Landen bestimmten Stellen starten und landen dürfen. Diese Erlaubnis ersetzt nicht das Einverständnis des Grundstückseigners oder anderer berechtigter Personen, das nach den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften erforderlich ist.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen zur Hilfeleistung ist der zuständigen Behörde des hilfeersuchenden Staates vorab mitzuteilen, wobei Baumuster, Eintragungsstaat, Eintragungszeichen des Luftfahrzeugs, seine Besatzung und Passagiere, Ladung, Flugroute, Abflugzeit, Landeort und voraussichtliche Landezeit anzugeben sind.

(4) Soweit sich aus den Bestimmungen des Absatzes 2 nichts anderes ergibt, sind die Luftverkehrsvorschriften der Vertragsstaaten und das bilateral abgestimmte Verfahren für das Überfliegen der Staatsgrenze anzuwenden.

Artikel 8

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt den Behörden und Einsatzleitern des hilfeersuchenden Staates.

(2) Anweisungen an die Hilfsmannschaften des hilfeleistenden Staates werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen. Die Behörden und Einsatzleiter des hilfeersuchenden Staates erläutern die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften oder den einzelnen Fachkräften übertragen wollen.

(3) Die Behörden des hilfeersuchenden Staates unterstützen die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte und gewährleisten deren Schutz.

Artikel 9

Kosten der Hilfeleistung

(1) Die Kosten der Hilfeleistung, einschließlich der Aufwendungen, die durch Verbrauch, Beschädigung, Zerstörung oder Verlust von Ausrüstungsgegenständen entstehen, trägt der hilfeleistende Staat, sofern die zuständigen Behörden nichts anderes vereinbaren.

(2) Der hilfeersuchende Staat trägt die durch den Einsatz von Luftfahrzeugen entstandenen Kosten, sofern die zuständigen Behörden nichts anderes vereinbart haben.

(3) Die Hilfsmannschaften und einzelne Fachkräfte werden bei Bedarf während der Dauer ihres Einsatzes auf dem Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates auf dessen Kosten logistisch versorgt, zum Beispiel verpflegt, untergebracht und mit Betriebsgütern versorgt und erhalten unaufschiebbare medizinische Hilfe.

(4) Die Kosten für Hilfeleistungen, die von dem hilfeleistenden Staat lediglich vermittelt wurden, trägt der hilfeersuchende Staat. Dem Antrag auf Vermittlung von Hilfeleistungen muss die zuständige Behörde des hilfeersuchenden Staates eine Erklärung darüber hinzufügen, dass sie mit der Übernahme der Kosten einverstanden ist.

(5) Die Möglichkeit des hilfeersuchenden Staates, für Kosten selbst aufzukommen, bleibt von den Bestimmungen des Absatzes 1 unberührt.

Artikel 10

Entschädigung und Schadensersatz

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Schadens

gegenstände, nýbrž i bezprostředně pro poskytnutí pomoci.

(2) Každý ze smluvních států dovolí, aby letadla startující z území druhého smluvního státu za účely uvedenými v odstavci 1 mohla přelétávat jeho území a aby mohla přistávat a startovat i z jiných míst než z povolených letišť a z ploch určených k přistáním a vzletům. Tímto dovořením se nenahrazuje souhlas majitele pozemku nebo jiných oprávněných osob, který je potřebný podle příslušných vnitrostátních právních předpisů.

(3) Použití letadel k poskytnutí pomoci je třeba předem oznámit příslušnému orgánu státu žádajícího o pomoc s uvedením údajů o druhu letadla, státu, v němž je registrováno, o registrační značce letadla, jeho posádce a cestujících, nákladu, trase, o době odletu a o místě a předpokládané době přistání.

(4) Pokud z ustanovení odstavce 2 nevyplývá nic jiného, použijí se právní předpisy platné pro letecký provoz smluvních států a oboustranně dohodnutý postup pro přelet státních hranic.

Článek 8

Koordinace a celkové řízení

(1) Koordinace a celkové řízení záchranných a pomocných akcí je v kompetenci orgánů a velitelů zásahu státu žádajícího o pomoc.

(2) Pokyny adresované záchranným jednotkám státu poskytujícího pomoc se vydávají výlučně jejich vedoucím, kteří zadávají jednotlivé dílčí úkoly svým podřízeným. Orgány a velitelé zásahu státu žádajícího o pomoc vysvětlí úkoly, kterými chtějí pověřit záchranné jednotky nebo jednotlivé odborníky.

(3) Orgány státu žádajícího o pomoc poskytují podporu záchranným jednotkám a jednotlivým odborníkům a zajistí jejich ochranu.

Článek 9

Náklady na poskytování pomoci

(1) Náklady na poskytování pomoci, včetně výdajů, které vzniknou spotřebou, poškozením, zničením nebo ztrátou vybavení, hradí stát poskytující pomoc, pokud se příslušné orgány nedohodnou jinak.

(2) Stát žádající o pomoc hradí náklady vzniklé nasazením letadel, pokud se příslušné orgány nedohodnou jinak.

(3) Záchranné jednotky a jednotliví odborníci budou v případě potřeby po dobu jejich působení na území státu žádajícího o pomoc logisticky zajištěni na jeho náklady, například jim bude poskytnuto stravování, ubytování, provozní předměty a neodkladná lékařská péče.

(4) Náklady na poskytnutí pomoci, kterou stát poskytující pomoc pouze zprostředkoval, nese stát žádající o pomoc. K žádosti o zprostředkování poskytnutí pomoci musí příslušný orgán státu žádajícího o pomoc připojit prohlášení o tom, že se závazkem úhrady nákladů souhlasí.

(5) Ustanovením odstavce 1 není dotčena možnost úhrady nákladů státem žádajícím o pomoc.

Článek 10

Odškodnění a náhrada škod

(1) Každý smluvní stát se vzdává všech nároků na náhradu škody vůči druhému smluvnímu státu v případě škody na majet-

an Vermögenswerten, wenn dieser von einem Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder von einer einzelnen Fachkraft bei der Erfüllung des Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags verursacht worden ist.

(2) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen den anderen Vertragsstaat wegen Verletzung oder wegen des Todes eines Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer einzelnen Fachkraft, soweit der Schaden bei der Erfüllung des Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrags entstanden ist.

(3) Durch die Bestimmung des Absatzes 2 bleiben Ersatzansprüche eines im Zusammenhang mit der Hilfeleistung geschädigten Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einer einzelnen Fachkraft bzw. deren Hinterbliebenen unberührt.

(4) Wird durch einen Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder durch eine einzelne Fachkraft des hilfeleistenden Staates bei der Erfüllung eines Auftrags im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags im Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates einem Dritten ein Schaden verursacht, so haftet für den Schaden der hilfeersuchende Staat nach Maßgabe der Rechtsvorschriften, die im Fall eines durch einen Angehörigen einer eigenen Hilfsmannschaft verursachten Schadens Anwendung finden.

(5) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden ist.

(6) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 11

Schutz personenbezogener Daten

Soweit auf Grund dieses Vertrags personenbezogene Daten (im Folgenden Daten genannt) übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für den jeweiligen Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem in diesem Vertrag genannten Zweck und zu den durch die übermittelnde Stelle gestellten Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
- b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Behörde erfolgen.
- d) Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, wenn das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft

ku, pokud ji způsobil člen záchranné jednotky nebo jednotlivý odborník při plnění úkolu v souvislosti s prováděním této smlouvy.

(2) Každý smluvní stát se vzdává všech nároků na náhradu škody vůči druhému smluvnímu státu v případě újmy na zdraví nebo smrti člena záchranné jednotky nebo jednotlivého odborníka, pokud škoda vznikla při plnění úkolu v souvislosti s prováděním této smlouvy.

(3) Ustanovením odstavce 2 nejsou dotčeny nároky na náhradu škody příslušníka záchranné jednotky nebo jednotlivého odborníka poškozeného v souvislosti s poskytováním pomoci, případně jeho pozůstalých.

(4) Způsobí-li člen záchranné jednotky nebo jednotlivý odborník státu poskytujícího pomoc při plnění úkolů v souvislosti s prováděním této smlouvy na území státu žádajícího o pomoc škodu třetí osobě, odpovídá za škodu stát žádající o pomoc podle právních předpisů, které by se použily v případě, kdy by škodu způsobil člen vlastní záchranné jednotky.

(5) Ustanovení odstavců 1 a 2 neplatí, pokud byla škoda způsobena úmyslně nebo z hrubé nedbalosti.

(6) Příslušné orgány smluvních států úzce spolupracují, aby usnadnily vyřizování nároků na náhradu škody. Zejména si vyměňují veškeré jim dostupné informace o škodních případech ve smyslu tohoto článku.

Článek 11

Ochrana osobních údajů

Pokud se na základě této smlouvy předávají osobní údaje (dále jen „údaje“), platí následující ustanovení s tím, že je nutno postupovat v souladu s právními předpisy platnými pro každý ze smluvních států.

- a) Použití údajů příjemcem je přípustné pouze k účelu uvedenému v této smlouvě a za podmínky stanovených předávajícím orgánem. Kromě toho je jejich použití přípustné k předcházení a stíhání trestných činů závažného významu, jakož i za účelem odvracení značného nebezpečí pro veřejnou bezpečnost.
- b) Příjemce na požádání informuje předávající orgán o použití předaných údajů a o výsledcích dosažených s jejich pomocí.
- c) Údaje smějí být předány pouze příslušným subjektům. Další předávání jiným subjektům lze uskutečnit jen s předchozím souhlasem předávajícího orgánu.
- d) Předávající orgán je povinen dbát na správnost předávaných údajů, jakož i na potřebnost a přiměřenost s ohledem na účel sledovaný předáním. Přitom je třeba respektovat zákazy předávání údajů stanovené příslušnými vnitrostátními právními předpisy. Zjistí-li se, že byly předány nesprávné údaje, nebo údaje, které neměly být předány, je nutné tuto skutečnost příjemci neprodleně sdělit. Příjemce je povinen provést jejich opravu nebo údaje zničit.
- e) Dotčené osobě je třeba na žádost poskytnout informaci o údajích o ní předaných, jakož i o zamýšleném účelu jejich použití. Povinnost sdělit informaci není dána, pokud veřejný zájem na neposkytnutí informace převažuje nad zájmem dotčené osoby na jejím sdělení. Právo dotčené osoby na poskytnutí informace o údajích k ní existujících se řídí vnitrostátními právními

zu erhalten, richtet sich nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

- f) Wird jemand infolge der Übermittlung von Daten nach diesem Vertrag rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten nicht darauf berufen, dass der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist. Gewährt der Staat der empfangenden Stelle jemandem Ersatz für einen solchen, auf Grund einer Verletzung der Bestimmungen dieses Artikels durch die übermittelnde Stelle entstandenen Schaden, wird der Staat der übergebenden Stelle ihm den vollen Schadenersatz erstatten.
- g) Soweit die für die übermittelnde Behörde geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften in Bezug auf die übermittelten Daten besondere Lösungsfristen vorsehen, weist die übermittelnde Behörde den Empfänger auf diese Fristen hin. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
- h) Die übermittelnde Behörde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von Daten aktenkundig zu machen.
- i) Die übermittelnde Behörde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 12

Beendigung der Hilfeleistung

Die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte müssen ihre Tätigkeit unverzüglich beenden, wenn die zuständigen Behörden oder die Behörden nach Artikel 3 Absatz 3 dies bestimmen. Anderenfalls endet ihre Tätigkeit mit der Erfüllung der Aufgabe. Danach haben die Hilfsmannschaften und die einzelnen Fachkräfte das Hoheitsgebiet des hilfeersuchenden Staates unverzüglich zu verlassen.

Artikel 13

Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die zuständigen Behörden und die in Artikel 3 Absatz 3 genannten Behörden arbeiten insbesondere in folgenden Bereichen zusammen:

- a) Vorbereitung und Durchführung von Hilfeleistungen nach Maßgabe dieses Vertrags;
- b) Vorhersage, Vorbeugung und Bekämpfung der Folgen von Katastrophen und schweren Unglücksfällen durch den Austausch von praktischen Erfahrungen und Informationen wissenschaftlicher und technischer Art, durch Studienaufenthalte für Fachkräfte, Forschungsprogramme und Fachkurse, einschließlich der Zusammenarbeit der einschlägigen Ausbildungseinrichtungen, sowie Durchführung von gemeinsamen Übungen;
- c) Austausch von Informationen über Gefahren und Folgen von Katastrophen und schweren Unglücksfällen, die sich auf das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ausbreiten können; der gegenseitige Informationsaustausch umfasst auch die Übermittlung von Messdaten;
- d) Untersuchung der Ursachen von Katastrophen und schweren Unglücksfällen.

(2) Für gemeinsame Übungen sind die Bestimmungen dieses Vertrags sinngemäß anzuwenden.

(3) Die zuständigen Behörden und die Behörden nach Artikel 3 Absatz 3 können Vereinbarungen zur Durchführung dieses Vertrags treffen, soweit das Recht der Vertragsstaaten dies zulässt.

mi předpisy smluvního státu, na jehož území bylo o informaci požádáno.

- f) Je-li někdo v důsledku předání údajů podle této smlouvy protiprávně poškozen, odpovídá mu za škodu příjemce podle svých vnitrostátních právních předpisů. Ve vztahu k poškozenému se příjemce nemůže odvolávat na to, že škodu způsobil předávající orgán. Poskytne-li stát příjemce někomu náhradu za takovou škodu vzniklou v důsledku porušení ustanovení tohoto článku předávajícím orgánem, uhradí mu celkovou částku náhrady stát předávajícího orgánu.
- g) Pokud vnitrostátní právní předpisy platné pro předávající orgán předpokládají s ohledem na předané údaje zvláštní lhůty pro výmaz údajů, upozorní předávající orgán na tyto lhůty příjemce. Nezávisle na těchto lhůtách je nutno předané údaje vymazat, jakmile již nejsou potřebné pro účel, pro který byly předány.
- h) Předávající orgán a příjemce jsou povinni vést evidenci o předání a příjmu údajů.
- i) Předávající orgán a příjemce jsou povinni účinně chránit předané údaje proti neoprávněnému přístupu, neoprávněné změně a neoprávněnému sdělení.

Článek 12

Ukončení poskytování pomoci

Záchranné jednotky a jednotliví odborníci musí svou činnost neprodleně ukončit, jestliže tak rozhodnou příslušné orgány nebo orgány podle článku 3 odst. 3. V ostatních případech končí jejich činnost okamžikem splnění úkolu. Poté musí záchranné jednotky a jednotliví odborníci neprodleně opustit území státu žádajícího o pomoc.

Článek 13

Další formy spolupráce

(1) Příslušné orgány a orgány uvedené v článku 3 odst. 3 spolupracují zejména v následujících oblastech:

- a) příprava a poskytování pomoci podle této smlouvy,
- b) prognózy, prevence a odstraňování následků katastrof a velkých havárií formou výměny praktických zkušeností a informací vědeckého a technického charakteru, formou studijních pobytů pro odborníky, výzkumných programů a odborných kurzů včetně spolupráce příslušných školicích zařízení, jakož i organizováním společných cvičení,
- c) výměna informací o nebezpečích a následcích katastrof a velkých havárií, které se mohou rozšířit na území druhého smluvního státu; vzájemná výměna informací zahrnuje také předávání měřených dat,
- d) zjišťování příčin katastrof a velkých havárií.

(2) Pro společná cvičení se přiměřeně použijí ustanovení této smlouvy.

(3) Příslušné orgány a orgány podle článku 3 odst. 3 mohou uzavírat ujednání k provádění této smlouvy, umožňují-li to právní předpisy smluvních států.

Artikel 14**Fernmeldeverbindungen**

Die zuständigen Behörden bzw. die Behörden nach Artikel 3 Absatz 3 treffen rechtzeitig gemeinsam die erforderlichen Maßnahmen, damit Fernmeldeverbindungen zwischen ihnen, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 15**Andere vertragliche Regelungen**

Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 16**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Vertrags, die nicht unmittelbar zwischen den zuständigen Behörden ausgeräumt werden können, werden auf dem Verhandlungswege zwischen den Vertragsstaaten beigelegt.

Artikel 17**Schlussbestimmungen**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Prag ausgetauscht. Der Vertrag tritt am ersten Tag des ersten Monats nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Die Registrierung dieses Vertrags beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von deutscher Seite veranlasst. Die tschechische Seite wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann ihn auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, zu dem die Anzeige der Kündigung dem anderen Vertragsstaat zugegangen ist.

Geschehen zu Berlin am 19. September 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Článek 14**Telekomunikační spojení**

Příslušné orgány, popřípadě orgány podle článku 3 odst. 3, učiní včas společně potřebná opatření, aby umožnily telekomunikační spojení mezi sebou, mezi těmito orgány a jimi vyslanými záchrannými jednotkami, mezi záchrannými jednotkami navzájem a mezi vyslanými záchrannými jednotkami a řízením zásahu.

Článek 15**Jiné smluvní úpravy**

Práva a povinnosti smluvních států vyplývající z jiných mezinárodněprávních smluvních dokumentů nejsou touto smlouvou dotčeny.

Článek 16**Urovnávání sporů**

Názorové rozdíly týkající se výkladu a provádění této smlouvy, které nebudou moci přímo vyřešit příslušné orgány, urovnají smluvní státy jednáním.

Článek 17**Závěrečná ustanovení**

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze v době co nejdříve. Tato smlouva vstoupí v platnost prvního dne měsíce následujícího po dni výměny ratifikačních listin.

(2) O registraci této smlouvy na sekretariátu Organizace spojených národů podle článku 12 Charty Organizace spojených národů zažádá neprodleně po jejím vstupu v platnost německá strana. Česká strana bude o provedené registraci informována s uvedením registračního čísla OSN, jakmile ji sekretariát Organizace spojených národů potvrdí.

(3) Tato smlouva se uzavírá na dobu neurčitou. Každý smluvní stát ji může písemně vypovědět diplomatickou cestou. Výpověď nabývá účinnosti šest měsíců ode dne, v němž bylo oznámení o výpovědi doručeno druhému smluvnímu státu.

Dáno v Berlíně dne 19. září 2000 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Hilger
Schily

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
St. Gross

Denkschrift zu dem Vertrag

A. Allgemeiner Teil

Aus der Erkenntnis, dass eine umfassende Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten ein wesentliches Kettenglied zur Vorsorge und bei der Bewältigung von Katastrophen und Unglücksfällen bildet, hat die Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 80er Jahre mit der Vereinbarung von Hilfeleistungsabkommen mit ihren europäischen Nachbarn begonnen. Der mit der Tschechischen Republik geplante Vertrag über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen stellt den wichtigen Abschluss dieser Entwicklung dar.

Der Vertrag soll – unter Würdigung des Gedankens nachbarlicher Solidarität – den rechtlichen Rahmen für eine rasche und wirkungsvolle grenzüberschreitende Hilfe im Katastrophen- und Unglücksfall bilden. Er soll zudem Impulse für einen verstärkten Informations- und Erfahrungsaustausch auf den verschiedenen Ebenen der nachbarlichen Zusammenarbeit im Rahmen von Hilfeleistungen geben.

Zu diesem Zweck legt der Vertrag die Ansprech- und Kontaktstellen fest. Er regelt Erleichterungen für den grenzüberschreitenden Verkehr von Einsatzkräften und Gütern sowie Fragen der Einsatzkosten, wobei der Grundsatz des gegenseitigen Kostenverzichts gilt. Der Vertrag sieht einen Haftungsausschluss bei Personen- und Sachschäden sowie einen umfassenden Informations- und Erfahrungsaustausch der beiden Vertragsparteien vor und enthält Regelungen zur Schaffung von Telekommunikationsverbindungen und zum Datenschutz.

Neben dem Bundesministerium des Innern und dem Auswärtigen Amt können die Innenministerien der Freistaaten Bayern und Sachsen – als gemäß Artikel 3 des Vertrags für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständige Landesbehörden – ergänzende Vereinbarungen nach Maßgabe von Artikel 13 Abs. 3 des Vertrags hinsichtlich der konkreten Zusammenarbeit treffen bzw. andere Behörden und Stellen hierzu ermächtigen.

B. Besonderer Teil

Artikel 1 beschreibt Regelungsinhalt und Regelungsbereich des Vertrags.

Artikel 2 definiert wichtige im Vertrag verwandte Begriffe.

In Artikel 3 sind die Behörden aufgeführt, die in den beiden Vertragsstaaten für die Stellung und Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständig sind. Für die Bundesrepublik Deutschland sind dies das Bundesministerium des Innern, das Auswärtige Amt sowie die Innenministerien der an die Tschechische Republik angrenzenden Freistaaten Bayern und Sachsen. Artikel 3 Abs. 3 ermächtigt die zuständigen Behörden, dies weiter zu delegieren, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene zu stärken.

Artikel 4 legt in Absatz 1 fest, in welcher Form Hilfe geleistet werden kann, und sagt in Absatz 2 aus, dass Hilfspersonal und Material auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg transportiert werden können.

Artikel 5 enthält im Interesse der erforderlichen Schnelligkeit und Wirksamkeit der Hilfeeinsätze Regelungen für die Hilfsmannschaften, um den grenzüberschreitenden Personenverkehr zu erleichtern sowie Regelungen über die mindestens erforderlichen Grenzformalitäten. Absatz 4 enthält Grenzübertrittsregelungen für den Fall, dass ein Vertragsstaat Transitstaat für Hilfeleistungen ist, die einem Vertragsstaat oder einem Drittstaat gewährt werden. Nach Absatz 5 sind Hilfsmannschaften und Fachkräfte von der Arbeitsgenehmigungspflicht i. S. des § 284 des Dritten Buchs Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – befreit.

Artikel 6 korrespondiert mit Artikel 5: Auch hinsichtlich der von den Hilfsmannschaften mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter werden Erleichterungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr eingeräumt. Formalien werden auf ein Mindestmaß reduziert.

Artikel 7 regelt die Besonderheiten bei einem möglichen Einsatz von Luftfahrzeugen.

Artikel 8 unterstreicht die Verantwortung der Behörden des Einsatzstaates für die Hilfsaktion und legt das Verfahren der Einordnung der angeforderten Hilfsmannschaften in die Maßnahmen zur Schadensabwehr und -beseitigung fest.

Artikel 9 Abs. 1 sieht einen grundsätzlichen Kostenverzicht der Vertragsstaaten für die im Rahmen der Hilfeleistung entstandenen Aufwendungen vor. Den für die Stellung und Entgegennahme des Ersuchens zuständigen Stellen bleibt es unbenommen, im Einzelfall abweichende Vereinbarungen zu treffen.

Absatz 2 bestimmt – abweichend von Absatz 1 – für den sehr kostenaufwändigen Einsatz von Luftfahrzeugen, dass die durch den Einsatz entstandenen Kosten grundsätzlich erstattet werden.

Absatz 3 enthält die Verpflichtung des hilfeersuchenden Staates, die Einsatzkräfte des hilfeleistenden Staates während eines Einsatzes kostenlos logistisch zu versorgen.

Absatz 4 regelt die Kosten im Falle der Vermittlung von Hilfeleistungen.

Absatz 5 wiederholt für den hilfeersuchenden Staat die in Absatz 1 genannte Möglichkeit, vom Grundsatz des Kostenverzichts abzuweichen.

Zu Artikel 10

Nach den Absätzen 1 und 2 verzichtet jeder Vertragsstaat grundsätzlich auf alle Entschädigungsansprüche aus

Vermögens- und Personenschäden, die ihm im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrags zustehen.

Absatz 3 stellt fest, dass der in Absatz 2 für Personenschäden normierte Entschädungsverzicht der Vertragsstaaten untereinander nicht die Rechte Geschädigter berührt.

Absatz 4 trifft eine Regelung im Falle von Drittschäden, die durch ein Mitglied der Hilfsmannschaft oder eine Fachkraft der ersuchten Vertragspartei entstehen.

Nach Absatz 5 gelten die Absätze 1 und 2 nicht bei einem mit Vorsatz oder aufgrund grober Fahrlässigkeit herbeigeführten Schaden.

Nach Absatz 6 verpflichten sich die Vertragsstaaten zu enger Zusammenarbeit und umfassendem Informationsaustausch in Schadensfällen.

Artikel 11 trifft Regelungen zum Schutz personenbezogener Daten.

Artikel 12 trifft Regelungen zur Beendigung der Hilfeleistung.

Artikel 13 enthält Regelungen über die nähere Ausgestaltung der Zusammenarbeit.

Artikel 14 verpflichtet die Vertragsstaaten, die erforderlichen Vorkehrungen für die Einrichtung von Fernmeldeverbindungen zwischen den am Einsatz beteiligten Behörden und Hilfsmannschaften zu treffen.

Nach Artikel 15 werden bestehende Rechte und Pflichten beider Vertragsstaaten aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften durch diesen Vertrag nicht berührt.

Artikel 16 regelt das Verfahren zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Auslegung oder Anwendung des Vertrags ergeben könnten.

Artikel 17 enthält Vorschriften über Ratifikation, Inkrafttreten, Geltungsdauer und das Verfahren zur Kündigung des Vertrags.

